

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis vierteljährlich 6000 Mr.
Einzelpreis 600 Mr. (nur gegen Voreinsendung des Vertrags)

Vorstandsvorlicher Schriftsteller: Paul Haase
Schriftleitung und Verbandssekretär: Stuttgart, Kästlestraße 16
Fernsprecher Nr. 6800 — Postscheckkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen

Die wichtigste Lohnfrage

Der Februarversuch der Reichsregierung, mit Hilfe der Reichsbank den Markwert zu festigen und damit der rasenden Leitung Einhalt zu tun, wird als gescheitert angesehen. Der Dollar, der damals von 50 000 auf 20 000 gedrückt wurde, ist darüber hinaus auf 80 000 gestiegen und wird bis zur Veröffentlichung dieser Zeilen wahrscheinlich 100 000 überschritten haben (das bedeutet im Vergleich zum Weltmarkt einen Wert von 4 \$ für den Tausendmarkchein). Die Inlandspreise, die auch beim Dollarkurs nur zum kleinsten Teile sich gefestigt, im allgemeinen nur ihr Steigen verlangsamten hatten, gehen wieder sprunghaft in die Höhe. Und die Arbeiter versuchen, wie vorher, durch kräftige Lohnanhörungen der Verstärkung der Lohnhaltung nachzukommen.

Dieses Bemühen wird, wie vorher, so auch jetzt vergeblich sein. Es muß vergeblich sein, wie die Erfahrung von Jahren ebenso beweist, wie theoretische Überlegung. Die Vermehrung des Papiergebotes in den Händen der Massen ohne gleichzeitige Vermehrung des Warenvorrats kann gar keinen andern Erfolg haben, als weitere Preissteigerung. Mit der Lohnkrise allein ist das Problem nicht zu lösen. Viel wichtiger wäre ein Erfolg der Markfestigung gesehen, denn für den Teil der Arbeiterschaft, der gegenwärtig am meisten daran ist, der tatsächlich Not leidet, für die Ernährer einer heranwachsenden Famille kann die Rettung nur von der entgegengesetzten Seite, von der Hebung der Kaufkraft des Lohnes kommen.

Dafür werden verschiedene große Mittel erörtert und mit Recht empfohlen, wie Steigerung der Gesamtleistung unserer Arbeit, Verminderung des Verbrauchs durch zweckmäßige Haushaltsführung, Verhinderung überflüssiger Luxusproduktion, Umstellung auf notwendigen Lebensbedarf der Massen, Verminderung der Einfuhr entbehrlicher und der Ausfuhr unentbehrlicher Waren, Förderung der Ausfuhr von entbehrlichen Erzeugnissen zu Weltmarktpreisen, Umstellung der Preise, um die vielen Tausende von unzähligen "Bewohntigen" in nützliche Arbeit zu bringen... Alle diese Vorschläge sind wichtig und richtig! Aber sie können (mit Ausnahme der Verbesserung der Haushaltsführung) erst nach längerer Zeit wirksam werden. Und wir brauchen eine Hilfe, die sofort wirkt. Eine solche liegt in der Verbesserung des Lohnes.

Wenn auch das Verschärfen Zwangshilfot und seine letzte Auswirkung, die Rückbesetzung, die Hauptursache unseres Wirtschaftsverfalls ist, so wäre es doch ganz verkehrt, die Schuld ausschließlich darauf zu schieben. Die Not brachte bei weitem nicht so schlimm zu sein, wenn Staat und Volk, das heißt Regierung, Volksvertretung und alle einzelnen Staatsbürger sich der Zeitslage anpassen und sich sozial richtig benähmen. Die Zerrüttung der Reichsfinanzen und der wahnähnliche Missbrauch der Notenkreisse sind auch eine Hauptursache unseres Verfalls und der zunehmenden Verelendung der Arbeitersfamilien.

Wenn wir auch Steuern auf Steuern häufen und mit immer steileren Einnahmegradienzen aufwarten, so muß das offensichtlich gar nichts. Und ich wage die Behauptung, daß die deutschen Reichsfinanzen besser als heute dastehen könnten, wenn wir die meisten dieser Steuern nicht hätten. Denn sie kosten dem Reiche mehr, als sie ihm einbringen. Verschiedene Steuern bedenken nicht einmal die Einnahmegradienzen und sind deswegen neuerdings teils aufgehoben worden; so die Kapitalertragsteuer, der Erb- und Fundstempel. Viel schlimmer sind andere, die zwar erhebliche Einnahmen bringen, aber in noch stärkerem Maße die Ausgaben steigern, weil sie zur weiteren Steuerung, zur Geldentwertung beitragen. Der Reichstagsabgeordnete Ertel hat einmal vorgetragen, daß das verpuschte Reichsnotoptest dem Staat 80 Milliarden eingebracht, aber mindestens 80 Milliarden an Erhöhung von Gehältern, Löhnen und Sachausgaben gefestzt habe. Die Kohlensteuer dürfte indirekt dem Reiche auch mehr kosten als einbringen. Und so geht es mit vielem.

Der Grundfehler ist, daß wir Verlehr und Verbrauch belasten und damit verteuern, die Steuern auf Einkommen und Vermögen ganz ungerecht und unsozial ausgestalten (bisherisch wird die Einkommensteuer zu 70 bis 95 v. H. durch den Lohnabzug ausgebracht), die arbeitslose Rente aber fast gar nicht besteuern. Das ist nicht nur höchst ungerecht, denn wenn ein Volkstaat schon duldet, daß jemand nicht nur den Ertrag der eigenen, sondern auch den fremder Arbeit bezieht, so sollte er mindestens die Stantschaften denen ausserlegen, die von der Arbeit anderer leben. Es ist auch höchst unwirtschaftlich, denn Rente und Steuern sind die einzigen, die zur Gesundung der Reichsfinanzen und damit der Volkswirtschaft wirklich beitragen können.

Das gilt vor allem von der Steuer auf Grundrente. Unter Grundrente verstehen wir das Einkommen, das jemand aus dem Eigentum an Boden zieht, nach Abrechnung der Vergütung für seine Arbeitstätigkeit (Lohn) und für Kapitalsaufwendungen (Zins). Auch Boden, der nicht gepflügt wird, auf dem kein Haus steht, bringt eine Rente; wenn man ihn anderen zum Pflügen oder Bauen überläßt, kann man einen Tribut dafür fordern, der kleinen Teils in Pachtzins, größtentheils in der Vergütung des Kaufpreises in Erfüllung tritt.

Diese rein aus dem Monopoleigentum am Heimatboden liegende Grundrente ist der triste Lepus einer arbeitslosen, gemeindlichen Rente, die besonders die arbeitenden Massen verschädigt. Die "Sozialisierung" dieser Grundrente ist durch Besteuerung leicht zu erreichen; sie bringt

nicht nur riesige Summen in die Reichskasse, sie verteuert auch nicht, sondern drückt die Rente und damit den Preis der Grundstücke herab. Denn alle Nationalökonomie seit hundert Jahren sind einig darin, daß Steuern auf Grundrente nicht abgewölzt werden können. Der Bodenpreis, dem ja keinerlei Produktionskosten zugrunde liegen, richtet sich ausschließlich nach der zu erzielenden Rente und muß sinken, wenn der Staat durch Steuern einen Teil der Privatrente an sich zieht. Eine Versteuerung der Nahrungsmittel ist auch gegenwärtig nicht zu befürchten, denn ihr Preis hat heute auch mit Produktionskosten wenig zu tun, sondern richtet sich einerseits nach Weltmarktpreis und Dollarwert, andererseits nach Zahlungsfähigkeit und Zahlungswilligkeit der Verbraucher. Mit der Erhebung einer kräftigen Grundrentensteuer würde der Staat also ein Moment der Vertreibung in das Wirtschaftsleben einführen. Und das ist es, was nicht nur der Gesamtirtschaft im allgemeinen, sondern insbesondere auch den Lohnempfängern dringend not tut.

Ungeachtet dessen ist es unverständlich, daß die Grundrente als Steuerquelle nicht nur nicht genügend ausgenutzt wird, sondern daß sogar die früheren Steuern befehligt werden sind. Der Grundbesitz ist heute so gut wie steuerfrei. Das klingt unglaublich, ist aber leider Tatsache: Zu der Kriegsabgabe von 1919 ist der Grundbesitz mit dem Goldwert eingeschäfft und ganz frei geblieben. Zum Reichsnotoptest von 1920 haben sich die Landwirte gegen das Gesetz ebenso eingeschäfft und fast nichts bezahlt. Zu der neuen Reichsvermögenssteuer wird landwirtschaftlicher Grundbesitz (zu dem auch Häuser, Vieh und anderes Inventar gehören) mit dem 40fachen des Wehrbeitragswertes herangezogen. Dieser Wehrbeitragswert war ein selbstgeschätzter Ertragswert, der im Durchschnitt aller-höchstens die Hälfte des Verlupswertes von 1913 in Goldmark bedeutet. Inzwischen sind, der Goldentwertung folgend, Grundstücke weit über das 100fache, Vieh und Maschinen über das 10 000fache gestiegen. Die Veranlagung zum 40fachen des halben Goldwertes bedeutet also eine Verzerrung des wirklichen heutigen Wertes zu etwa einem Hundertstel. Aber auch das nicht einmal, denn inzwischen sind den Grundbesitzern alle Hypotheken und Grundschulden durch die Goldentwertung beinahe ganz erlassen. Da der Grund und Boden durchschnittlich etwa zur Hälfte verschuldet war, hat das Vermögen der Besitzer sich verdoppelt. Sie steuern also etwa vom 200. Teil des Vermöses. Da die Vermögenssteuer erst bei 400 000 Mr. Steuerwert beginnt und der Steuersatz für die erste Million nur 1 vom Tausend beträgt, so ergibt sich, daß landwirtschaftliches Vermögen bis zu 80 Millionen Mark ganz steuerfrei bleibt und daß ein Besitzer, der sein Gut nicht für eine Milliarde hergeben würde, seiner Steuerpflicht mit einem Pfund Butter genügen kann.

Auf derselben Grundlage ist die Zwangsanleihe veranlagt. Zu ihr werden die weitauß meisten Grundbesitzer gar nichts, die anderen mit einer Winzigkeit beitragen. Dagegen soll die Zwangsanleihe in mehrfachem Betrage als Steuer erhoben werden, damit das Reich daraus einige hundert Milliarden Zuschüsse für die Broterwerbung Kinderhemittelster geben und den Landwirten erlauben kann, den vollen Weltmarkt preis für alles Getreide zu fordern. Die Aufhebung der bisherigen Getreideumlage führt so zu einer riesigen Besteuerung des Volkes zugunsten der Landwirtschaft; die Wirkung wird eine weitere Erhöhung der Bodenpreise sein. Wenn die organisierten Arbeiter das dulden, dann verbieten sie die Not, die ihnen daraus erwachsen muß. Sie dürfen und können nicht länger die Augen davor verschließen, daß die wichtigste Maßnahme der Lohnpolitik heute eine gerechte und ausgiebige Besteuerung der Grundrente ist. Die Bodenreformer haben seit langem die Wege dafür gewiesen: Enteignung von Boden und Bauwerk (nicht das Haus, nur der nackte Grund soll besteuert werden), Seibsteinzahlung mit dem Beding, daß der Steuerwert auch maßgebend ist für Belebung und Enteignung. Wenn dann im voraus angekündigt wird, wie hoch die Grundsteuer sein wird, so hat der Besitzer es in der Hand, sich so einzustimmen, daß die Abgabe ihm nicht überlastet. Und das Reich kann durch die Steuerbestimmung bestimmen, in welchem Maße der Bodenpreis sich der Goldentwertung anpassen soll.

Was das bedeutet, zeigt eine Zahl: der "Wert" des gesamten städtischen und ländlichen Bodens im alten Deutschland (also ohne Gebäude zw. nur kapitalisierte Grundrente) wurde 1913 auf 100, Mr. Milliarden Goldmark geschätzt. Bei Umwertung nach dem Dollarwert von Mitte Juni werden daraus 2000 Billionen oder 2 Billionen Papiermark. Ihre Vergütung mit 100 Billionen liegt jahraus, jahrein als versteuernde Last auf aller Produktion, auf allem Verbrauch.

Heute beträgt die einzelfinanzielle Grundsteuer meist 1 bis 2 vom Tausend des Wertes (in Bayern hat durchschnittlich jeder Landwirt vierjährlich ein in Gramm Wert als Grundsteuer zu entrichten). Bei solcher Steuerfreiheit kann der Grundbesitzer seinen Boden auf das 20 000fache des Goldwertes erhöhen. Wenn er statt dessen 50 v. H. Grundsteuer erlaubt, immer noch 3 700 fache des Goldwertes und belastet angedroht des Wegfalls der Hypothekenzinsen den Grundbesitzer nicht stärker, als er es vom Frieden her gehördt war. Das Reich aber gewinnt eine Jahresseinnahme von 70 Billionen Mark. Und — das wichtigste — diese 70 Billionen würden nicht versteuert, sondern verbilligt auf die Privatwirtschaft; sie heben die Kaufkraft der Mark und nützen den Arbeitern in jeder Beziehung mehr, als eine Verdopplung ihrer Lohnsummen ihnen nützen kann. Heinrich Pottschapf

Für verbindliche Löhne

Mit dieser Angelegenheit, die eine rasche Erledigung erfordert beschäftigte sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in seiner am Mittwoch den 4. Juli stattgefundenen Bundesausschusssitzung. Die Lohnfrage ist seit der Kurbefreiung in stelem Fluß gewesen, ohne daß es auch nur zu einer einigermaßen befriedigenden Regelung oder Lösung der Zusammenhänge gekommen wäre. In der letzten Zeit wurde die Frage immer brennender und es führte zu einer umfangreichen Aussprache, die zur Auflösung der Forderung nach dem verbindlichen Lohn geführt hat. Der Bundesausschuss hat seine Beurteilungen in folgender Entschließung zusammengefaßt:

"Die Entwicklung der Papiermark ist seit der Einführung des Rohrgebietes in so raspider Maße erfolgt, daß die Anpassung des Lohns an die steigende Kaufkraft des Geldes noch weniger als zuvor Schritt zu halten vermag. Die Folge dieses Währungsmissverhältnisses ist eine fortwährende Verschärfung der Lage des Arbeiters und ein Abbau des Substanzen der Arbeitskraft, eine starke Schwächung der Konsumkraft der breiten Massen der Bevölkerung und somit eine ernsthafte Gefährdung der deutschen Wirtschaft."

Der Ausschuss des ADGB hat eingehend alle Mittel und Wege zur rascheren Angleichung der Löhne an die Tzierung geprüft und empfiehlt den Gewerkschaften, die Tarifverträge mit einer Klausur zu versehen, die den vereinbarten Löhnen innerhalb jeder tariflichen Lohnperiode die Erhaltung ihrer Kaufkraft sicherstellt. Als Berechnungsgrundlage für die Auswertung des Lohnes am Zahltag ist eine amtliche Meßziffer einzuhören, die die wirkliche Steigerung der Lebenshaltungskosten voll zum Ausdruck bringt. Diese Meßziffer muß wesentlich festgelegt und möglichst kurz vor dem Lohnzähltag im ganzen Reiche veröffentlicht werden. Als Tag der Veröffentlichung empfiehlt sich am besten der Mittwoch.

Die Anwendung der amtlichen Meßziffer auf die Erhöhung des Lohns während der Dauer der Lohnvereinbarungen ist möglich durch zentrale Vereinbarungen für alle Arbeiter und Angestellten zu sichern. Für die Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Betriebe fordert der Bundesausschuss die sofortige Anwendung durch Gesetz oder Verordnung.

Der Bundesausschuss ist nicht im Zweifel darüber, daß durch diese Maßnahme allein die unabdingbare Wiederherstellung der früheren Lebenshaltung der Arbeitnehmerschaft noch nicht zu erreichen ist. Diese ist aber unabdingt anzustreben auch im Interesse der Wiederherstellung der deutschen Arbeitskraft, die infolge der bisherigen Wirtschaftspolitik des Unternehmenskampfes außer Acht gelassen ist.

Der Bundesausschuss macht es deshalb den Gewerkschaften zu Pflicht, nicht nur jedes weitere Maßnahmegerüste der Löhne zu verhindern, sondern auch noch wie vor auf eine Erhöhung des Reallohns hinzuwirken und die Kaufkraft der errungenen Löhne zu sichern. Vor der Regierung und von den betrieblichen Verhandlungen mit allen Behörden und Sitzungsdienstangehörigen wird erwartet, daß sie den Gewerkschaften bei der Erfüllung dieser Aufgabe die notwendige Unterstützung leihen."

Die Entschließung des Bundesausschusses kann uns keineswegs befriedigen. Der Ausschuss hat sich seine Aufgabe verdammt leicht gemacht. "Die Tarifverträge mit einer Klausur" zu verschenken, das heißt, die ganze Materie der Willkür der Arbeitgeber überlassen. Den Organisationen jener Berufe, die zurzeit unter der Unzufriedenheit der wirtschaftlichen Verhältnisse zu leiden haben, wird es unmöglich werden, den sich mit aller Kraft gegen den verbindlichen Lohn wehrenden Arbeitgebern auch nur das allergeringste tarifliche Entgegenkommen abzuringen. Ein besten Fall wird es einigen Organisationen gelingen, unter den schwersten Kämpfen einige Erfolge zu erzielen. Eine Verbesserung, die in vollster Geschlossenheit zum Ziele geführt werden müsste, ist durch die Zurückverweisung an die einzelnen Verbände zerstört und zur Unstabilität verdammt worden.

Den Schlussatz der Entschließung hätte sich die Sitzung des Bundesausschusses ganz sparen können. Von Regierung, Behörden und Sitzungsdienstinstanzen zu erwarten, den Gewerkschaften bei Erfüllung ihrer Aufgaben die notwendige Unterstützung zu leihen, ist allerhand. Die Arbeiterschaft hat von der bürgerlichen Regierung und von dem verknöcherten Behördenapparat nicht zu erwarten. Eine Regierung, reitend auf dem Rahmen behördlichen Antschlammel, trägt doch die Schuld an dem herrschenden Elend, sie hat bisher bewußt verschwiegen, hat offen die Geschäfte eines brutalen Unternehmens besorgt, von ihr Hilfe zu erwarten, ist lächerlich. Der Bundesausschuss hat die Forderung nach verbindlichen Löhnen in die Sitzung der Zentralarbeitsgemeinschaft gebracht, dort ist sie vorerst einmal in einer Kommission verbleibt worden. Entgegenkommen ist nicht erfolgt, das profitübere Unternehmenskampf zeigte den Unterhändlern die kalte Schulter. Damit glaubt nun der Bund seine Mission beendet. Er empfiehlt den einzelnen Verbänden, sich selbst zu bemühen, erreicht noch einige gute Ergebnisse und gibt noch ein "Gott befehlen" mit auf den Weg. Auf solche Art ist keine befriedigende Lösung der dringend notwendigen Forderung der verbindlichen Löhne zu erwarten.

Der Kampf um den verbindlichen Lohn darf nicht nachlassen. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag einen Antrag in dieser Frage eingebrochen. Es wird eine Verordnung zur Erhaltung der Verbindlichkeit der Gehälter und Löhne gefordert. Verlangt wird eine jeweils zu vereinbarter Grundlohn, der durch einen befreudigenen Zuschlag, der nach dem Lohnindex zu regeln ist, ergänzt wird. Nach dem gleichen Index sollen alle Sozialarbeiter und Unterstützungsarbeiter verbindlich gemacht werden. Tarife mit der Verbindlichkeitserlaubnis sollen durch die in Frage kommenden Stellen für rechtlich verbindlich erklärt werden. Das Reich soll seine Aufträge nur an solche Firmen vergeben, die die Verbindlichkeit der Entlohnung eingeführt haben. Die bürgerlichen Arbeitervertreter der Demokraten und des Zentrums werden im Reichstag ihre Arbeitertreue und ihren Willen, der Arbeiterschaft aus der Verelendung zu helfen, beweisen können. Mit allen Mitteln muss versucht werden, zu verbindlichen Löhnen zu kommen.

Unser Verband wird sich seiner Pflicht, die Löhne vor einem weiteren Hinabgleiten zu sichern, vollauf bewußt sein. Wir suchen in der Zusammenfassung aller Kräfte zum Kampf für die verbindlichen Löhne eine Erleichterung des Rings, um den weiteren Verelendung der Arbeiter Einhalt zu gebieten. Den einzelnen Organisationen werden sie selbstverständliche große Schwierigkeiten aufstellen. Solche muss aber erreicht werden, daß im Rahmen der Industrie alle daran beteiligten Verbände zu einheitlichem Handeln zusammengeführt werden. Der gemeinsame Kampf aller in der Metallindustrie Verbindlichen kann es möglich gelingen, eine befriedigende Regelung zu erreichen.

Diese einseitige Stellungnahmen des gewerkschaftlichen Vorstandes für Sachen, der für diese einseitige Unterstützung der Metallarbeiter für die NSDAP auch die von den Metallarbeitern bezahlten Beiträge verwendete. Besonders scharf rügt der Vorstand die Herausgabe der "Wochensumme durch Vorstand und Redaktion als 'Metallarbeiter-Zeitung'" deshalb, weil in ihr nur für die NSDAP Stellung genommen, die NSDAP dagegen schärfer als die bürgerlichen Parteien angegriffen und verleumdet wurde. Durch diese Handlung haben Vorstand und Redaktion den Beweis geleistet, daß sie nicht imstande sind, die Geschäfte der Organisation im Interesse aller Metallarbeiter zu leiten, weshalb ihnen das höchste Misstrauen ausgesprochen wird.

Borsighain. I. Der Vorstand wird beauftragt, in Gemeinschaft mit dem Vorstand des ADGB beim Reichstag zu beantragen, daß die Erwerbslosenunterstützung durch den Staat mindestens drei Viertel der Summe des letzten Wochenerwerbdiestes, die Woche zu 48 Stunden berechnet, betragen muß.

2. Um mehr Einheitlichkeit in unserer sozialpolitischen hinsichtlich der Ausstellung von Forderungen für die einzelnen Farbgebiete oder Wirtschaftsgebiete zu erzielen, hat der Vorstand ein Schema zu entwerfen, nach welchem die Leuerungszahlen berechnet werden. Die einzelnen Geschäftsfelder sind verpflichtet, diese Statistik zu führen und ausschließlich an die Bezirksleitungen und den Vorstand einzutragen.

Büssel. Die Wahl zu den Betriebsräten, Ortsvertretungen usw. darf nur auf gewerkschaftlicher Grundlage erfolgen. Die Bildung von parteipolitischen Fraktionen ist nicht gestattet.

Stuttgart. Die 16. Generalversammlung des DMB möge beschließen, daß bei Abschlüssen von Kollektivverträgen der Entlohnung der unerlernten Arbeiter mehr Beachtung geschenkt wird, um eine Verbesserung dieser Kollegen zu erreichen.

Begeg. 1. Gefordert werden muß, daß bei Lohnbewegungen dem Mitbestimmungsrecht der Mitglieder mehr Rücksicht gegeben wird, so daß diese zu der Höhe der gestellten Forderungen und zu den Ergebnissen der Verhandlungen Stellung nehmen können. Die immer größer werdende Spannung zwischen gelernten, angelernten und ungelernten Arbeitern muß ausgeglichen werden. Das Überstunden und allzuviel an die damals verhandelten Durchschnitte des Achtstundentages müssen aufs schärfste bekämpft werden.

2. Für die Befreiung der Arbeitslosigkeit mit allem Nachdruck einzutreten. Bis zu deren Befreiung den Arbeitslosen auskömmliche Unterstützung aus Staatsmitteln zu gewähren.

Selbster. In der Epoche des Zusammenbruchs der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bekommt sich erneut der Verbundtag des Deutschen Metallarbeiter-Verein mit besonderem Nachdruck zu den Methoden des rücksichtslosen Klassenkampfes. Er spricht aus, daß besonders in dieser Periode, wo die Klasse gegenjäte auf die Spitze getrieben werden und die historische Aufgabe des Proletariats in der Entwicklung seiner Endziele besteht, das Zusammenwirken zwischen Arbeitervertretern und Kapitalisten auf dem Boden scheinbarer Gleichberechtigung in den sogenannten Arbeitsgemeinschaften mit Rücksichtnahme die Schädigung der Interessen der Arbeitervelasse im Gefolge haben muß. Seit 1918 ist das Proletariat aus allen Gebieten Schritt für Schritt zurückgedrängt worden. Der Verbundtag fordert darum die Auffassung, daß es mittels der Arbeitsgemeinschaften möglich sei, den Kapitalismus von innen heraus in die Richtung zum Sozialismus und Kommunismus umzubauen und Süß für Süß in die Gemeinschaft überzuführen, als eine verderbliche reformistische Illusion, die im Interesse des um Befreiung ringenden Proletariats rücksichtlos zu bekämpfen ist. Ebenso verderblich und daher einer nicht weniger rücksichtslosen Bekämpfung würdig ist die Aussöhnung, daß die notwendige Befreiung der Wirtschaftlichkeit unserer Endziele ein geistiges Einheitswachstum der Arbeiterschaft in die Wirtschaft und Wirtschaftsleitung sei. Diesem sozialistischen Prinzip ist die unabrechbare Sachheit entgegenzusetzen, daß die soziale Revolution das Ergebnis des Zusammenpralls der auf die Spitze getriebenen Klassengegnäte sein und daß erst sie die Voraussetzung schaffen wird, damit das Proletariat in der Praxis lernt, die Wirtschaft zu leiten. Der Verbundtag erfordert die Verzüglichkeit, die das Finanzierungs-Kapital macht, zur Wirtschaft an sich zu reißen, vor dem gesamten Proletariat und erklärt, daß die Forderungen der Arbeiterschaft nach wie vor auf das Ergehen der Leitung der Wirtschaft in ihre Hände im Wege des revolutionären Klassenkampfes gerichtet werden müssen und bestand weiter, mit Nachdruck sich zu dem Grundsatz zu bekennen: Die Befreiung der Arbeiterschaft aus dem Herrn der Arbeiterschaft selbst sei.

Schaffhausen-Hamburg. Die 16. Generalversammlung möge beschließen, den Vorstand mit der Eröffnung und Entscheidung darüber zu beauftragen, ob unter Mitwirkung des ADGB bei Ausstellung oder Sitzung die Kündigungsfähigkeit der beteiligten Mitglieder durch Abgabe verhinderter Lebensmittel erhöht werden kann.

Generalrat Offenbach. Die Befreiung der Kündigungsfähigkeit ist in die Zusage zu leiten.

Frankfurter Chemie. Die Generalversammlung möge beschließen, den Vorstand zu beauftragen, eine Kommission von Volkswirtschaftlern und Finanzexperten zu gründen der Geldtheorie von Silvio Gesell einzuführen.

Stadt u. Kreis Stuttgart. Beleibt Petition gegen. 1. Der Vorstand wird beauftragt mit Hilfe des ADGB Städte und Kreise zu finden, die bis Ende Jänner den Angriffen und Bomben gleichgestellt sind. Für die Urlaubszeit ist es erforderlich, daß den betreffenden Zug der derzeitige Höchstlohn zu gewähren. Urlaubszeit mindestens 50 Tage pro Jahr.

2. Der Vorstand wird beauftragt, beim ADGB unverzüglich mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß zentrale Forderungen des ADGB seit dem 20. Januar (Sicherungen, Erwerbslosenfragen, Sozialversicherung, Reichswehr, Süßes und Nummern) sofort eingetragen werden, um ihrer Erfüllung endgültig zu verhelfen.

3. Die 16. Generalversammlung beauftragt den Vorstand, beim ADGB sofort zu wissen, daß die Gewerkschaften und freidliche politischen Parteien mit Errichtung der kommunistischen Parteiautorität und der sozialen Sicherungswirtschaft eine Zwinge und Angreifspunkt bilden, um die kommunistisch-freie Wirtschaftsförderung in die sozialistische Gemeindewirtschaft überzutreten. Gegen die Nachhabe der internationalen Wirtschaftsförderung ist unverzüglich Antritt des proletarischen Widerstandes auf dem Boden des sozialistischen Klassenkampfes notwendig.

Kirche u. See, Bamberg. Die Vertreter des Oppositoriums des Metallarbeiter-Vereins, Gemeinschaftsliste Nürnberg, legen dem Betriebsrat im Riegel folgende Resolution vor:

a) Während des jüdischen Metallarbeiterkriegs warb er bei jüdischen Firmen (Graetz, Scheidt, Weil, Randkron, Daimler-Benz usw.) überquänt verdeckt und die Späte ergriff, der Kampfgeist und die heimischen Ortsvereine haben dazu nicht Stellung genommen, dies hätte zur Folge, daß alle jüdischen Firmen die Gewerkschaften in Nachbarstädten angegriffen und zerstört hätten, um diese letztere Schädigung des Gegners zu folgen habe.

Wir fordern nun der Generalversammlung, daß je in solchen Fällen in Zukunft kein Gewerkschaftsleiter die Gewerkschaft und die Befreiung gäbe, die antisemitischen Maßnahmen zu treffen, um keine Sicherheit in Schäfer- und Sonderarbeiterkreisen zu gewährleisten. Es darf nicht darum zugekommen werden, wenn die Größe der Sicherheit in jüdischen Betrieben vorhanden ist, jüdische Maßnahmen dort verfolgen, diese Betriebe mit Fried zu belägen.

b) Der jüdische Metallarbeiterkrieg hat bewiesen, daß seine noch so stark finanziell und organisierte Organisation in der Lage ist, einen kommunistischen Kampf zu führen. Der Staat darf bei jüdischen Unternehmen gewerkschaftliche, den Kampf auf einer breiteren Basis zu führen und die Unterwerfung der sozialen Organisationen zu fordern.

Wir fordern, daß in Zukunft alle sozialistische Betriebe gezwungen werden, das Werk von Beginn des Kampfes an die Sicherheit der anderen Organisationen unangreifbar zu halten, bedenkt man die Ressortstelle der Sicherheit gepaart und die Sicherheit des Nationalsozialismus gegenüber einzuhalten.

c) Wir fordern vom Hauptvorstand als Vertreter der Industrieorganisation, daß er bei weiterer Belegerung des ADGB den Schluss des 11. Gewerkschaftskongresses, die Berufsverbände zu Syndikatorganisationen umzuordnen, daß der Hauptvorstand auf dem Wege der offenen Propaganda für die Industrieverbände innerhalb der gesamten Reihen der Arbeiterschaft einen Vorschlag gegen den ADGB unternimmt.

d) Die Vertreter der Opposition des DMB, München, legen ferner Protest ein gegen das verbandsfähigende Treiben verschiedener Vorstandsmitglieder in bezug auf die verleumderische Hespe gegen die oppositionellen Vertreter, weil dadurch jedem linksgerichteten Kollegen die Möglichkeit der Kritik genommen wird.

e) Ferner verlangen Sie vom Hauptvorstand, daß im Verbandsorgan jeder sozialistischen Richtung gleiches Recht und Platz gegeben wird, damit auch die Opposition in der Lage ist, im Verbandsorgan ihre Erwidern zu bringen gegenüber der bisher geplogenen einseitigen Angriffe der Amsterdamer Richtung.

Bieberach u. Gen., Leipzig. Der Krieg in Verbindung mit der von den deutschen Regierungen betriebenen Reparationspolitik hat die deutsche Wirtschaft zugrunde gerichtet und die gesamte Arbeiterschaft in namenloses Elend gestossen. Die vom deutschen Bürgertum verschuldeten Besetzung des Ruhrgebiets, die zum endgültigen Sieg der französischen Imperialisten führte, wird das Elend der deutschen Arbeiter bis zur Unerträglichkeit steigern, wenn nicht alles gelan wird, um die Bourgeoisie zur Bezahlung der Reparationen heranzuziehen. Die Generalversammlung zu Kassel beauftragt deshalb den Vorstand des DMB, zur Durchsetzung folgender Forderungen die Vorbereitungen zu treffen:

1. a) Sofortige Einziehung aller Vermögen.
- b) Beteiligung des Staates an allen industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben bis zu 50 Prozent.
2. a) Anpassung der Löhne an das Existenzminimum.
- b) Erhöhung der Gewerbeleihenunterstützung, der Renten für Sozialrentner, Kriegshinterbliebene und Hinterbliebene auf das Existenzminimum.

3. Einführung der Produktionskontrolle für alle Gebiete der Wirtschaft und des Bauwesens für die Landwirtschaft, um die Lebenshaltung zu verbessern.

4. Bildung von gemeinsamen Abwehrformationen zum Kampf gegen die Faschisten.

Lehnt der ADGB den Kampf um diese Forderungen ab, wird der Verband verpflichtet, von sich aus die Arbeiterschaft zum Kampf aufzurufen.

Rassel u. Gen., Essen. Die 16. Generalversammlung des DMB erläutert in dem Vortrage der PSDP die Gewerkschaften unter den politischen Einfluss der Kostauer Gewerkschaftsinternationale zu bringen, eine schwere Gefahr für die Geschlossenheit und Aktionsfähigkeit der Gewerkschaftsbewegung. Alle Befreiungen, welche darauf hinausgehen, das Selbstverständnis durch eine parteipolitische Diktatur zu erzielen, müssen natürlich zu heftigen Kämpfen innerhalb der Gewerkschaften und zur Spaltung und Zersetzung der Gewerkschaften führen.

Angesichts dieser Sachlage wird der Vorstand beauftragt, schärfer als bisher für die Geschlossenheit und Durchführung der Organisationsbeschlüsse zu wachen. Die politische Überzeugung der Mitglieder soll gewahrt bleiben. Mitglieder, welche jedoch in gewerkschaftlichen Fragen ihre Stellung und Meinung gegen von den Parteiinstanzen abhängig machen, können nicht Mitglied des ADGB sein und stellen sich von selbst außerhalb des Verbandes.

Der Vorstand ist ermächtigt, Mitglieder, welche sich an gewerkschaftlichen Konferenzen und Zusammenkünften beteiligen, durch Zuflucht dafür Propagande treiben, die von den Parteiinstanzen, politischen Gewerkschaftsabteilungen oder Aktionsausschüssen der Betriebsräte, die nicht im Rahmen des gewerkschaftlichen Aufbaus von der Partei Stütze findet, als nicht mehr zur Organisation gehörend zu erklären.

Möhl-Göttingen. Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand, daß dieser sich mit der Wirtschaftslehre von Silvio Gesell näher befähigt und die Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes möglichst sich zu eignen macht, um jedes arbeitslose Einkommen unmöglich zu machen und alle wirtschaftliche Unfreiheit zu beseitigen.

Reinheim-Kaiserslautern. 1. Von Tag zu Tag nehmen die Zuständigkeiten der Gewerkschaften zu, um die Kündigungsfähigkeit der Arbeiterschaft zu erhöhen.

Hamburg. Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand, daß dieser sich mit der Wirtschaftslehre von Silvio Gesell näher befähigt und die Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes möglichst sich zu eignen macht, um jedes arbeitslose Einkommen unmöglich zu machen und alle wirtschaftliche Unfreiheit zu beseitigen.

Heilbronn. Zur Förderung der Sozialisierung der Wirtschaft und zur Errichtung des wirtschaftlichen Sozialismus ist die Durchbildung der Arbeiter in Wirtschaftsfragen unabdingtes Erfordernis.

Heilbronn. 1. Zur Schulung der Betriebsräte und Funktionäre ist entweder der Zeitgeist neu herauszugeben oder die Betriebsräte Zeitgeist auszubauen.

2. Für die Geschäftsführer und Kassierer sind Kurse mit technischen Organisationssachen zu veranstalten.

Kofel. Um die Jugendarbeit innerhalb des Deutschen Metallarbeiter-Vereins in Zukunft erfolgreicher zu gestalten, ist es notwendig, daß Bildungskurse für die in den Jugendgruppen tätigen Jugendfunktionäre veranstaltet werden.

Winnheim. Der Vorstand wird beauftragt, Wunderkurse zur weiteren Ausbildung der Betriebsräte, Vertrauensleute und sonstigen Funktionären einzurichten. Die Kurse sollen abends stattfinden. Fahrgeld und Lehrrmittel sollen vergütet werden.

Borsigheim. Der Vorstand wird beauftragt, periodisch sich wiederholende Kurse für Verbandsfunktionäre, insbesondere für im Pionierdienst beschäftigte Kollegen (ähnlich wie jene vom Zentralverband deutscher Konsumvereine bereits abgehalten werden) einzurichten.

Reichenbach. Zum Ausbau des Bildungswesens ist pro Quartal von den über 18 Jahre alten Mitgliedern ein Extraarbeitsstag als Bildungsmaße zu entrichten. Die Höhe des Extraarbeitsbeitrages beträgt die Hälfte des Beitrags der ersten Kasse am Schlus des vorhergehenden Quartals. Die Bildungsmaße wird am Anfang eines jeden Quartals bezahlt. Der Ertrag der Bildungsmaße ist anteilig auf Haupt- und Lokalkasse zu verteilen.

Heil, Augsburg. Die Weiterbildung der Betriebsräte ist eine der notwendigsten Voraussetzungen zur vollen Ausübung der durch das ADGB gegebenen Rechte. Die vom Vorstand periodisch veranstalteten Bildungskurse sind deshalb unbedingt beizubehalten und entsprechend zu verstetigen. Da jedoch durch diese Bildungskurse immer nur eine verhältnismäßig kleine Anzahl von Betriebsräten weitergebildet werden kann, so wird der Vorstand beauftragt, wissenschaftlich vorgebildete Lehrer anzustellen, um auch in den ländlichen Industriegebieten die Möglichkeit zu geben, Bildungskurse nach Feierabend stattfinden zu lassen und so einer größeren Anzahl Funktionäre und Betriebsräte Bildungsmöglichkeit zu geben.

Schäfer, Leipzig. Die Generalversammlung billigt das Abhalten von Kursen für Jugendliche und erwacht, daß dies in Zukunft auch beizulegen ist.

Wiesbaden-Biebrich. Der Vorstand wird beauftragt, Wiederholungs- und Fortbildungskurse durchzuführen, die den Verwaltungstellen der Jugendabteilungen zur Verfügung zu stellen.

Stadt und Land-Dortmund. Den Mitgliedern größtmögliche wirtschaftliche und politische Ausbildung angeleihen zu lassen, damit sie im sozialistischen Sinne in öffentlichen Ämtern wirken können. In Tarifverträgen sind Bestimmungen zu schaffen, nach denen zur Ausübung öffentlicher Ämter die notwendige Freizeit gewährt wird.

Werder-Bornbach. Die Generalversammlung will die Betriebsräte zu bestreitungen, mit aller Bestimmtheit die Errichtung einer Arbeitsbeschaffungsbehörde zu fordern.

Erfurt. Der Verbandstag wolle beschließen, daß Geldmittel des Verbandes nicht in Staats- oder privaten Unternehmen (auch Aktiengesellschaften) angelegt werden. Flüssige Mittel des Verbandes sind in den dem Centralverband deutscher Konsumvereine angelegten Konsumgenossenschaften unterzubringen.

Heilbronn. Gründung einer Gewerkschaftsbank und gleichzeitig ist die vollwirtschaftliche Abteilung durch einen Finanzmann zu verstetigen.

Mainz. Die Generalversammlung möge Vorsorge dahin treffen, daß 1. die Verbandsgelder in wertbeständiger Form anzulegen sind, 2. durch Zusammenschlüsse mit anderen Organisationen unserer Arbeiterbewegung sowie deren verwandten Gebilden und vorhandenen Einrichtungen die Schaffung eines eigenen Geldinstituts in die Wege geleitet wird.

Weimar, Mittweida, Weine, Riesa, Saalungen, Torgelow, Brieske, Brandenburg. Die Generalversammlung fordert den ADGB auf sofort Stellung zu nehmen zur Gründung einer Gewerkschafts- und Genossenschaftsbank.

Regensburg. Der Hauptvorstand hat beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund dahin zu wirken, daß für alle freien Organisationen die Gründung einer Arbeiterbank vorgenommen wird. Die Gelder der freigewerkschaftlichen Organisationen sind dort anzulegen und dürfen nur für Zwecke innerhalb der Arbeiterbewegung Verwendung finden.

Weihlar. Die Generalversammlung wolle beschließen, den Vorstand zu beauftragen, beim ADGB sofort Schritte zur Gründung einer Gewerkschaftsbank zu unternehmen oder schon bestehende Institute so auszubauen, daß alle Gelder der Haupt- und Volkskassen bringend für die Interessen der Arbeiterschaft angelegt werden und den Privatbanken die Gelder der Gewerkschaften damit entzogen werden können.

3. Bildungswesen.

Büttbach. Die Betriebsräte der Metallindustrie in Büttbach ersuchen die Generalversammlung, dahingehend zu wirken:

1. daß sich der Vorstand nach wie vor für die wirtschaftliche Fachausbildung der Betriebsräte einsetzt,
2. daß die auf Grund des Betriebsrätegesetzes geschaffenen Institutionen und die Literatur über das Schlichtungswesen mehr beachtet werden,

Dresden. 1. Die Generalversammlung in Kassel wolle beschließen, als besonderer Punkt der Tagesordnung ist die Erfassung der Sachverhalte zu behandeln.

2. Die 16. ordentliche Generalversammlung des DMB spricht dem Hauptvorstand für seine Tätigkeit auf dem Gebiete des Bildungswesens seine volle Anerkennung aus. Im Hinblick auf die großen sozialen und ökonomischen Aufgaben, die das deutsche Proletariat gerade in der gegenwärtigen Zeit zu lösen hat, fordert die Generalversammlung den Hauptvorstand auf, mit aller Energie den weiteren Ausbau der in Angriff genommenen Arbeiten unserer bildnerischen Bildungseinrichtungen durchzuführen. Die Generalversammlung erklärt sich freudig und gern bereit, jedes ideale und materielle Opfer zur Durchführung weiterer vorbildlicher Bildungseinrichtungen zu bringen.

3. Die in den letzten Jahren in gewaltigem Umfang sich vollendende Konzentration des Kapitals in Deutschland gebietet dem deutschen Proletariat, unverzüglich und mit allen Kräften den Ausbau seiner gewerkschaftlichen Organisationen zu starten und leistungsfähigen Industrieorganisationen vorzunehmen. Um diese Errungenschaft in die Hände der gesamten gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerchaft zu holen, hält die 16. ordentliche Generalversammlung in Kassel eine großzügige Aktion des ADGB zur rascheren Befreiung der bestehenden Hemmnisse und zur Herbeiführung starker, leistungsfähiger Industrieorganisationen für unabdinglich erforderlich. Um das Problem der Industrieorganisationen im vollen Umfang und mit aller Grundlichkeit behandeln zu können, hält die Generalversammlung des DMB die Ablösung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses, der sich ausschließlich mit dieser Frage beschäftigt, für unbedingt erforderlich. Der Hauptvorstand des DMB wird deshalb beauftragt, beim Bundesausschuss des ADGB einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Harburg. Zur Förderung der Sozialisierung der Wirtschaft und zur Errichtung des wirtschaftlichen Sozialismus ist die Durchbildung der Arbeiter in Wirtschaftsfragen unabdingtes Erfordernis. Die 16. ordentliche Generalversammlung möge deshalb beschließen, daß eine Beteiligung an allen Organen, welche eine gründliche und praktische Durchbildung der Teilnehmer gewährleisten, vom Vorstand anzurecken und weiter zu fördern ist.